ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/809 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes Mecklenburg-
Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 09
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung
und Verbraucherschutz**

Der Landtag möge beschließen:

Im	
Einzelplan 09	Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz
Kapitel 0901	Ministerium
wird	
Titel 427.01	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige

ab dem Haushaltsjahr 2022 gestrichen.

Die Erläuterungen werden gestrichen.

Die Deckung der Minderausgaben erfolgt wie folgt:

Im

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1111	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben
Titel 359.01	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 463 365,6 TEUR um 169,6 TEUR auf 463 196,0 TEUR und für das Jahr 2023 von 218 875,0 TEUR um 173,2 TEUR auf 218 701,8 TEUR gesenkt.

In der Titelerläuterung zu 1111-359.01 wird der Ansatz in der Zeile „Haushaltsausgleich“ in 2022 und 2023 sowie in der Zeile „Summe“ entsprechend abgesenkt.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Es besteht kein Anlass zum Zweck der Erreichung der Ziele im Rahmen der Gleichstellung von Frauen und Männern eine zusätzliche B5-Stelle vorzuhalten. Es besteht keinerlei Uneinigkeit darüber, dass Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten im beruflichen und privaten Umfeld haben müssen. Es existieren zu diesem Zweck mehrere Initiativen, nicht zuletzt Zielvereinbarungen für alle Bereiche der Landesverwaltung, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Das Motiv der Gleichstellungen wird auf diesem Wege in allen öffentlichen Bereichen berücksichtigt.